

Aus dem Sondervermögen des Bundes für Infrastruktur stehen erhebliche Mittel für die Länder bereit – auch Hessen wird hiervon profitieren. Wir schließen uns der Forderung der GRÜNEN Landtagsfraktion an, dass ein großer Anteil dieser Gelder – 80 Prozent – direkt an die Landkreise, Städte und Gemeinden weitergeleitet werden muss.

Darüber hinaus braucht es eine dauerhaft verlässliche und bessere Grundfinanzierung durch das Land. Zur kurzfristigen Entlastung sollen die Kommunen in den Jahren 2026 und 2027 jeweils mindestens 5 Prozent mehr Mittel erhalten als im Vorjahr – so wie es die GRÜNE Landtagsfraktion in ihrem „Zukunftspakt für hessische Kommunen“ fordert. Ebenso fordern wir – wie im „GRÜNEN Zukunftspakt“ vorgesehen – eine jährliche Erhöhung der Betriebskostenzuschüsse des Landes für Kitas um 2,5 Prozent. Auch die zusätzlichen 300 Millionen Euro, die Hessen im Rahmen der Bund-Länder-Einigung für Investitionen in Bildung erhält, müssen vollständig an die Kommunen weitergeleitet werden. Darüber hinaus teilen wir die Forderung der Landtagsfraktion, dass das Land den vom Bund aufgelegten Transformationsfonds zum Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) mit eigenen Mitteln kofinanzieren muss.

Für die Zukunft benötigen wir jedoch auch vor Ort eine klare Vision, wie die finanzielle Stabilität des Kreises langfristig gesichert werden kann. Haushalte – egal ob kommunal, staatlich oder unternehmerisch – beginnen zunehmend, Budgets nach ESG-Kriterien (Environmental, Social and Governance) auszurichten, sodass damit nachhaltige, soziale und verantwortungsvolle Ziele unterstützt werden.

Der Umweltbereich (Environmental) umfasst dabei Maßnahmen, die ökologische Auswirkungen verbessern, wie Energieeffizienzprojekte, Klimaschutzinitiativen zur Reduktion von CO₂-Emissionen, einen verantwortungsvollen Ressourceneinsatz oder eine nachhaltige Beschaffung.

Der soziale Bereich (Social) betrachtet die Auswirkungen von Ausgaben auf gesellschaftliche Belange, etwa die Förderung von Bildung, Inklusion und sozialer Teilhabe, gute Arbeitsbedingungen sowie Gesundheit und Sicherheit. Zudem spielen die Unterstützung benachteiligter Gruppen und Barrierefreiheit eine wichtige Rolle.

Unter Governance versteht man schließlich eine transparente und verantwortungsvolle Steuerung des Haushalts. Dazu gehören klare Entscheidungsprozesse, eine nachvollziehbare Mittelverwendung, Korruptionsprävention, die Einhaltung von Compliance-Regeln und eine wirkungsorientierte Planung mit messbaren Zielen. ESG-Kriterien sollten künftig ebenfalls in die Finanzplanung des Odenwaldkreises einfließen, um die finanzielle Handlungsfähigkeit des Kreises nachhaltig zu stärken.

Entscheidungen dürfen nicht länger nur an kurzfristigen Zwängen ausgerichtet werden, sondern an strategischen Zielen, die ökologische, soziale und wirtschaftliche Faktoren miteinander verbinden.